

EU-Kommission sagt Nein zu dänischer Jobrotation

Das von Bundesarbeitsminister Walter Riester vorgeschlagene Modell der Jobrotation wird in Dänemark seit Jahren mit Erfolg praktiziert. Jetzt will allerdings die EU-Kommission das dänische System in der heutigen Ausformung stoppen, da es indirekte staatliche Subventionen für einzelne Branchen enthält.

Die sozialliberale dänische Regierung hatte im vergangenen Jahr 120 Mill. dänische Kronen (37,5 Mill. Euro) an Extramitteln bereit gestellt, um die Jobrotation in einigen Branchen zu fördern, in denen die Weiterbildung besonders wichtig ist. Damit ist das Prinzip eines für den gesamten Arbeitsmarkt geltenden Systems nach Brüsseler Meinung verletzt. Vielmehr würden einzelne Branchen indirekt staatliche Subventionen erhalten. Der dänische Arbeitsminister Ove Hygum hat bereits eine Änderung des Finanzplans für das laufende Jahr angekündigt, in dem Änderungswünsche der Brüsseler Subventionswächter berücksichtigt werden sollen. Dänemark führt 1994 das Jobrotationsmodell als Teil einer umfassenden Reform der Arbeitsmarktpolitik zum Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit ein.

Die Jobrotation à la Kopenhagen funktioniert so: Will ein festangestellter Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst oder in der Privatwirtschaft eine Weiter- oder Fortbildungsmaßnahme in Anspruch nehmen, kann er sich bis zu einem Jahr beurlauben lassen. Er erhält in dieser Zeit den Höchstbetrag der Arbeitslosenversicherung. Das sind derzeit etwa 3.000 DM monatlich. Wird der freigewordene Arbeitsplatz für die Zeit der Weiterbildungsmaßnahme mit einem Langzeitarbeitslosen besetzt, erhält der Arbeitgeber vom Staat einen Lohnzuschuss in Höhe von 50 % des gesetzlichen Mindestlohns.

Seit der Einführung der Jobrotation, die auch für Kindererziehungszeiten oder ein „Sabbatjahr“ benutzt werden kann, ist die Beteiligung an dem System allerdings ständig zurückgegangen: 1996 erhielten mehr als 36.000 Langzeitarbeitslose einen Job durch die Rotation. Die Arbeitslosenrate sank dadurch in dem Jahr um 1,3 %. Vor zwei Jahren wurden nur noch 25.000 Menschen vermittelt, die Zahlen für 2000 liegen noch nicht vor, doch eine Halbzeitbilanz wies 7.000 Vermittelte aus. Der deutliche Rückgang hat aber weniger mit dem Misserfolg des Systems, als mit der boomenden Wirtschaft in Dänemark zu tun. Die Tarifpartner beklagen allgemein, dass es hauptsächlich Großbetriebe sind, die sich der mit der Jobrotation verbundenen bürokratischen Herausforderung stellen. Gerade Familienunternehmen schreckt das komplizierte Antragssystem ab. Ein weiterer Minuspunkt, den man in Dänemark festgestellt hat: Die rasche technologische Entwicklung macht in immer mehr Fällen auch bei den Stellvertretern zunächst eine Fortbildungsmaßnahme notwendig, damit sie den freigewordenen Arbeitsplatz sinnvoll ausfüllen können.

Nach: Handelsblatt vom 27.02.2001

